

## **DIE LINKE Hamburg im Aufbruch für eine solidarische Zukunft**

Wir erleben derzeit eine globale und hochkomplexe Mehrfachkrise, die wir als LINKE verstehen und in die wir an geeigneten Stellen eingreifen müssen: die Covid-19-Pandemie mit weit über 100.000 Toten allein in Deutschland, die weiterhin unbewältigte Klimakrise, eine Inflation von internationalem Ausmaß mit internationalen Ursachen, eine weltweite Verteilungskrise mit Zunahme von Hungernden und Verhungerten, verbunden mit Vertreibung und Migration. Allein die Coronakrise hat, von Krankheit und Tod abgesehen, für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, also auch in Hamburg dramatische Folgen wie den Abbau von demokratischer Teilhabe und der Wahrnehmung von Grundrechten sowie die abermals erweiterte Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich. Die Zahl der Hamburger Krankenhäuser ist derweil gesunken, Gesundheit ist einkommensabhängiger, die Beschäftigten sind überlasteter und sie verdienen real weniger. Die staatlichen Rettungsschirme haben vor allem größere Unternehmen gerettet, während Gruppen wie Soloselbständige, Rentner:innen, Minijobber:innen, Leistungsbezieher:innen und prekär Beschäftigte, aber auch Auszubildende, Student:innen und Schüler:innen sowie KiTa-Kinder nahezu komplett im Stich gelassen wurden. Und dies ist allein die unvollständige Bilanz einer Teilkrise!

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Europa in eine Mischung aus Schockstarre und militaristischem Aktionismus versetzt. Mit der Aufnahme eines Sondervermögens ins Grundgesetz haben SPD, Grüne, FDP, CDU/CSU und AfD dem Prinzip permanenter Aufrüstung Verfassungsrang verliehen. Die LINKE muss sich neuem globalem Wettrüsten mit aller Kraft entgegenstellen.

Die Nachwirkungen der Pandemie, Unterbrechungen globaler Lieferketten und die ökonomischen Verwerfungen im Zuge des Kriegs Russlands in der Ukraine sorgen für explodierende Preise. In Hamburg kommen die seit Jahren steigenden Mieten hinzu. Immer mehr Menschen sind von Verarmung bedroht, weil die Renten, Löhne und Sozialleistungen mit den aktuellen Preissteigerungen nicht mithalten. Unterstützt von Bundeskanzler Olaf Scholz fordern Vertreter:innen des Kapitals im Rahmen der „konzertierten Aktion“, die Beschäftigten sollten in laufenden Tarifverhandlungen von zu hohen Lohnforderungen Abstand nehmen, um eine „Lohn-Preis-Spirale“ zu verhindern. So würden aber nur Profiteure geschützt und die Kosten auch dieser Krise auf die Beschäftigten abgewälzt. Den extrem rechten Kräften wird mit der Verschärfung dieser Politik von Kapitalbegünstigung und Jeder gegen Jeden das Feld bereitet. Antifaschismus steht für den Kampf um soziale Egalität und Frieden.

### **Nazis raus aus den Köpfen – Antifaschismus, Frieden und soziale Gleichheit!**

Wir wenden uns gegen die chauvinistische Ungleichheitshetze und Sozialdemagogie von AfD und anderen rechtsextremen Organisationen. Sie wollen von den Profiteuren der Krise ablenken und die sozialen Proteste in nationalistisches Fahrwasser kanalisieren. Sie sind Produkt verrohter bürgerlicher Verhältnisse und gleichzeitig deren Brandbeschleuniger. Wir kämpfen um die Köpfe und für eine solidarische und emanzipatorische Alternative von Frieden, sozialer Gleichheit und umfassender Demokratie. Den 8. Mai wollen wir als internationalen Tag der Befreiung, als Tag der Hoffnung auf eine Welt des Friedens und der Freiheit, überall zum lebendigen Feiertag machen.

SPD und Grüne sind sowohl im Bund als auch in Hamburg unfähig, angemessene Antworten auf die multiplen Krisen unserer Zeit zu finden. Sie halten daran fest, dass weder weitere Schulden aufgenommen noch effektive Reichensteuern und Vermögensabgaben eingeführt werden sollen. Damit treiben sie den Sozialstaat in den Bankrott. Die kriegsrische Zuspitzung globaler Konflikte beantworten sie mit einem gigantischen Aufrüstungspaket in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Hilfspakete gegen die Auswirkungen der Inflation hingegen sind ebenso unzureichend wie die Investitionen in die ökologische Zukunft.

Deshalb braucht es die LINKE: Wir machen deutlich, dass es eine Alternative zur herrschenden Politik gibt. Wir setzen uns für eine auf Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit gerichtete

Verteidigungspolitik ein. Die Inflation wollen wir mit staatlichen Hilfsprogrammen abfedern, anstatt mit Lohnzurückhaltung und höheren Leitzinsen die nächste Wirtschaftskrise einzuleiten. Und selbstverständlich setzen wir uns dafür ein, dass endlich ein ökologisches Investitionspaket verabschiedet wird, das seinem Namen gerecht wird. Wir weisen mit konkreten Vorschlägen einen Ausweg aus den gesellschaftlichen Krisen und eröffnen als antikapitalistische Kraft eine Alternative zum vermeintlich grünen Kapitalismus und der in die Katastrophe führenden Ungleichheitsideologie der Rechten. Es braucht eine kämpferische und sozialistische LINKE, die sich nicht vor einer Konfrontation mit den Mächtigen in Politik und Wirtschaft fürchtet.

## **Inflationsfolgen abfedern, Sozialstaat stärken**

Eine Inflationsrate von zuletzt fast 8 Prozent wertet die Einkommen und das Ersparte breiter Teile der Bevölkerung ab. Preissteigerungen von fast 40 Prozent bei den Verbraucher:innenpreisen für Energie und 11 Prozent bei Lebensmitteln treffen Normal- und Geringverdiener:innen in besonderer Weise. Die Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre sind allerdings weit davon entfernt, die Produktivitätszuwächse abzuhängen. Es ist ein Skandal, dass derzeit einige Konzerne kräftige Übergewinne einfahren, während die Hamburger Tafeln Aufnahmestopps verhängen mussten, weil zu viele Menschen bei der Beschaffung notwendiger Lebensmittel auf sie angewiesen sind. Angesichts der existenzbedrohenden Ausmaße der Preissteigerungen, insbesondere für Energie, Gas und Lebensmittel, müssen schnell weitere Maßnahmen ergriffen werden, um ein Abrutschen breiter Bevölkerungsteile in Armut zu verhindern.

Wir fordern:

- Einen Hamburger Mindestlohn in Höhe von mindestens 15,50 Euro.
- die Absenkung gesetzlicher Hürden zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sowie ein verschärftes Vorgehen gegen gewerkschaftsfeindliche Praktiken (union busting), die Mitbestimmungs- und Streikrechte gefährden.
- Die deutliche finanzielle Entlastung aller Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen in Form eines sozialen Klimabonus und durch die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen.
- Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets. Dabei müssen die Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten umfassend berücksichtigt werden: Es braucht sofort mehr Personal und einen größeren Fahrzeugpark!
- Ein Verbot von Strom- und Gassperren. Zusammen mit dem Verbot von Sperrungen muss ein bezahlbares Grundkontingent für Strom und Gas für alle gesetzlich garantiert werden. Über den Basisverbrauch hinausgehender Energieverbrauch sollte hingegen teurer werden.
- Finanzielle Unterstützung für kommunale Versorger, finanziert mit einer Übergewinnsteuer im Bund.

## **Stadtentwicklung und Wohnen**

Steigende Mieten sind seit Jahren ein wesentlicher Kostentreiber für viele Haushalte und tragen damit maßgeblich zur Verschärfung sozialer Ungleichheit bei. Die Baupolitik des Senats ist gescheitert und wird den wichtigen Fragen dieser Zeit nicht gerecht. Seit Start des Wohnungsbauprogramms 2011 sind die Mieten in Hamburg um fast 30 Prozent gestiegen und ist der Bestand an Sozialwohnungen von rund 100.000 auf 77.000 zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden mit 13.000 Haushalten fast verdoppelt, und immer mehr Menschen sind von Obdachlosigkeit betroffen oder leben in prekären Wohnverhältnissen.

Die Stadtentwicklung geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Investor:innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitablere Neubauten zu ersetzen, als wenn es kein Morgen und keinen Klimawandel gäbe. Damit muss Schluss sein. Statt der bisherigen

"bauen, bauen, bauen"-Politik brauchen wir einen Wechsel hin zu "Mieten deckeln, sozial und ökologisch bauen, Wohnraum vergesellschaften" und fordern:

- Einen Mietendeckel: der für die städtischen Wohnungen von der SAGA sofort eingeführt werden kann und für dessen Anwendung bei privaten Wohnungen wir weiterhin auf Bundesebene kämpfen werden. In Kombination mit unserer Forderung nach einem Stopp für Energiesperren fordern wir den #WarmerMietendeckel, wie ihn auch die Kampagne „Deutsche Wohnen Enteignen“ in Berlin fordert.
- Eine nachhaltige Liegenschaftspolitik: die Stadt darf keine Grundstücke und Häuser mehr verkaufen und muss solche, die sich im Besitz großer profitorientierter Immobilienkonzerne befinden, mittels Enteignung oder Vorkaufsrecht vergesellschaften.
- Schaffung von mehr und vor allem langfristig bezahlbaren Wohnungen: in öffentlicher Hand und in der Hand gemeinnütziger Dritter durch Neubau und Vergesellschaftung, um alle Menschen in der Stadt gerecht mit Wohnraum zu versorgen.
- Eine ökologische Stadtentwicklung: die auf Bauen im Bestand statt Abriss und Neubau setzt und zunächst alle Wohnungsbaupotenziale auf bereits versiegelten Flächen ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören.

## Gesundheit

Die Frage nach Gesundheit und Krankheit ist in unserer Gesellschaft nicht allein die Frage nach einer guten oder schlechten Gesundheitsversorgung, sondern die Frage nach guten oder schlechten Lebensverhältnissen. Armut, Diskriminierung, die Erfahrung von Ungleichheit und mangelnder Teilhabe bestimmen entscheidend darüber, wie gesund Menschen sind oder wie sie in ihrer Gesundheit gefährdet werden. Deutlich wird es, wenn mehr arme Menschen an einer Corona-Infektion schwer erkranken oder wenn arme Menschen durch den Klimawandel stärker getroffen werden. Reiche Menschen werden signifikant älter als arme.

In den letzten Jahrzehnten hat es in der Gesundheitsversorgung große Fehlentwicklungen gegeben, die sich unter dem Stichwort Gesundheitsversorgung als Geschäftsfeld (Ökonomisierung) und Profitmaximierung zusammenfassen lassen. Diese Fehlentwicklungen haben sowohl die Gesundheitsversorgung für die Patient:innen verschlechtert als auch die Arbeitsbedingungen durch den massiven Personalabbau des Pflegepersonals. Wir setzen uns für eine gerechte und pandemiefeste Gesundheitsversorgung für alle ein und fordern:

- Die Überführung von Krankenhäusern in die Gemeinnützigkeit, z.B. durch Rekommunalisierung.
  - Die Einführung einer gesetzlichen bedarfsgerechten Personalbemessung.
- Diese Punkte stehen nicht einfach nur nebeneinander, sondern werden durch die zentrale Forderung nach Abschaffung der Fallpauschalen („DRGs“) miteinander verbunden. Denn einerseits wäre eine Rekommunalisierung für sich genommen kein Anlass zu großer Freude, wenn dann in den rekommunalisierten Krankenhäusern durch die Zwänge der DRGs die gleichen Übel entstünden. Andererseits braucht es eine Strategie, die Auseinandersetzung, um deren Abschaffung zu führen. Hier kommt die Forderung nach einer vernünftigen Personalbemessung ins Spiel: Diese Forderung der Krankenhausbeschäftigten ist besonders wirksam, weil sie diese nicht nur für sich selbst, sondern auch im Interesse ihrer Patient:innen aufstellen. Sie gerät außerdem in Konflikt mit der Logik der DRGs und greift die Verfügungsgewalt der Krankenhauskonzerne über die Krankenhäuser und die in ihnen beschäftigten Menschen an. Das geschieht durch Streiks für Entlastungstarifverträge. Die seit den Streiks in der Berliner Charité im Jahr 2015 angewendete Taktik stellt dabei eine bedeutende Neuerung dar. Die Streiks werden mit aktiver Beteiligung der Beschäftigten in allen Phasen der Auseinandersetzung, von der Forderungsaufstellung bis zum Tarifsabschluss, geführt. Das geschieht durch das System

der „Tarifberater\*innen“. Drei Zutaten stellen eine brisante Mischung dar: Eine leicht vermittelbare Forderung, ein Konflikt mit der herrschenden Krankenhausfinanzierung (Fallpauschalen) und potenzielle Gegenmachtorgane, die über den Streik hinauswirken können. Diese Mischung hat das Potenzial zu einer Übergangsdynamik, die tatsächlich dazu helfen kann, die DRGs zu überwinden. Ein viertes Moment macht diese Mischung für andere Branchen interessant: Gelingt es den Krankenhausbeschäftigten in nennenswertem Umfang ihre Vorstellung von Personalbemessung durchzusetzen, kann das für anderer zum Vorbild werden, mit ähnlichen Möglichkeiten für Übergangsdynamiken.

Unsere Aufgaben als die Linke: Wir unterstützen die Entlastungsbewegung, wo wir können. Insbesondere nehmen wir dort, wo wir in den Krankenhäusern vertreten sind, unseren Einfluss wahr, Entlastungsstreiks auch in Hamburg zu führen. Von außen treten wir allen Diffamierungsversuchen der Arbeit“geber“ entgegen. Wir erklären überall den Zusammenhang zu den Fallpauschalen und werben für deren Abschaffung."

- Die Demokratisierung der Krankenhäuser durch Mitbestimmungsrechte des Personals und der Patient:innen.
- Die Altenpflege, Pflegen&Wohnen Hamburg GmbH (P&W), wurde von der Stadt fast zur gleichen Zeit wie die Krankenhäuser verkauft. Nach einem weiteren Verkauf gehört P&W heute dem Immobilienkonzern der Deutschen Wohnen SE. Eine Rekommunalisierung der Altenpflege und die Rückführung unter demokratische Kontrolle ist heute für die zu Pflegenden, die Beschäftigten und die Angehörigen notwendiger denn je.
- Die Einrichtung von kommunalen und gemeinnützigen Stadtteilgesundheitszentren, die eine wohnortnahe Versorgung bieten, die Menschen in ihren gesamten Lebensverhältnissen in den Blick nimmt und neben ärztlicher Versorgung auch Leistungen wie z.B. Sozial- und Rechtsberatung, Hebammenhilfe oder psychosoziale Beratung anbieten. Dies ist bereits zum Teil beispielhaft in der Poliklinik Veddel verwirklicht. Sogenannte „Gesundheitskioske“ als besonders niedrigschwellige Beratungsangebote sollten obligatorische Bestandteile der Gesundheitszentren werden.
- Die Etablierung und den Ausbau von aufsuchenden niedrigschwelligen Gesundheits- und Präventionsangeboten im Quartier durch die Gesundheitsämter, vergleichbar mit den „Gesundheitsfachkräften in Bremer Quartieren“.

## Ökologie und Verkehr

Die gegenwärtige Politik in Hamburg und bundesweit reicht nicht einmal zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels. Die Klimakrise hat die Qualität einer endgültigen Krise, denn der kapitalistische Wachstumsimperativ lässt keinen Ausstieg aus der zerstörerischen Ressourcenausbeutung zu. Das Weiterleben der Menschheit hängt von solidarischen Antworten auf diese Krise ab.

Hamburg hat sein Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu verringern, schon vor Jahren aufgegeben. Mit der jetzigen Politik wird auch das neue Ziel - 50 Prozent weniger bis 2030 - verfehlt werden. Im reichen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird wenig getan. Der immer weiterwachsende Verkehr beschleunigt den Klimawandel und schadet der Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn die Leute auf gemeinsame, öffentliche Verkehrsmittel umsteigen (können) und wir den Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagern.

Wir fordern:

- Die massive Ausweitung des öffentlichen Verkehrs: Für die nächsten zwei Jahre werden wir einen Fokus auf die Wiedereinführung der Straßenbahn legen. Die im Juni 2022 von der Bürgerchaftsfraktion vorgelegte Studie zeigt, welche positiven Effekte ein Straßenbahnnetz für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 hat.

10. September 2022

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit, wie sie eine aus dem Deutschen Städtetag entstandene und von vielen Groß- und Kleinstädten unterstützte Initiative fordert. Hamburg verwehrt sich dem bisher.
- Die Umverteilung des Straßenraums zugunsten des Umweltverbunds aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr und den Ausbau einer sicheren Radinfrastruktur.
- Den Ausstieg aus der Kohlenutzung für die Wärmeversorgung bis 2026 und mittelfristig auch aus dem Erdgas. Der rasche Ausstieg aus der Kohle mit möglichst geringem Einsatz von fossilem Erdgas ist zwingend geboten. Eine Einfuhr von äußerst klimaschädlichem Fracking-Erdgas aus den USA als LNG muss verhindert werden.
- Die Abschaltung der Kohlekraftwerke Wedel (bis 2025) und Tiefstack (bis 2026).
- Den Ausbau des Schienennetzes im Fernverkehr, im Hafen und im regionalen Nahverkehr.
- Eine stärkere Fokussierung von Maßnahmen zur Klimaanpassung, um besonders vulnerable Gruppen vor den Folgen des Klimawandels besser zu schützen.
- Im Rahmen des vor dem letzten Parteitag einberufene „Arbeitskreis sozialökologische Transformation“ erarbeiten wir im Austausch mit Beschäftigten und Gewerkschaften Vorschläge für einen sozial-ökologischen Wandel der Wirtschaft.

## **DIE LINKE als offene Mitmachpartei stärken**

Um die Gesellschaft zum Besseren zu verändern, müssen wir eine lernende Partei bleiben und auch uns selbst verändern. Wir müssen offener werden, damit sich alle willkommen fühlen und sich in unser gemeinsames Projekt einbringen können. Denn nur wenn wir mehr werden, werden wir in der Lage sein, unsere politischen Ziele umzusetzen. Hierzu ist es auch notwendig, unsere Strukturen zu hinterfragen, sie weiterzuentwickeln und nach außen mit einer Stimme zu sprechen! Die Debatte über sexistische Übergriffe und welchen Umgang wir als LINKE damit finden wurde auf dem Bundesparteitag in Erfurt begonnen. Erste Maßnahmen zur Verbesserung unserer Awareness-Strukturen wurden bereits ergriffen, weitere müssen und werden folgen. Die Debatte darüber, wie wir eine Partei werden, in der alle Genoss:innen sich wohlfühlen und in offenen Diskussionen ohne Angst unsere Politik entwickeln können, werden wir auch in Hamburg fortsetzen.

Dazu brauchen wir einen Landesvorstand, der sich als Team versteht und seine Aufgabe annimmt, politische Impulse von der Basis und aus den Bezirken aufzunehmen, seinerseits Impulse zu geben und Ziele und passende Maßnahmen zu entwickeln und voranzutreiben. Der sich dabei als Bindeglied zwischen dem Parteivorstand auf Bundesebene einerseits und den Hamburger Bezirksvorständen andererseits zwischen unseren Fraktionen in Bürgerschaft und Bezirksversammlungen und traditionellen sowie neuen Partner:innen von Gewerkschaften bis „Fridays For Future“ versteht. Der Landesvorstand der LINKEN Hamburg ist ein integratives Gremium, das in die Partei ermöglichend wirkt und sie nach außen bündnisfähig macht.

Unser Ziel ist es, die Gremien unseres Landesverbands auf die Entwicklung und Unterstützung von Aktivitäten auszurichten, konstruktiven Diskurs zu ermöglichen, Reibungspunkte zu glätten und Mehrarbeit unterschiedlicher Arbeitsgremien zu reduzieren.

Wir fordern den Landesvorstand dazu auf:

- Unter Einbeziehung der entsprechenden LAGen weitere Vorschläge zu erarbeiten und dem Landesparteitag vorzulegen, wie wir die Strukturen unseres Landesverbands verbessern und zu einem solidarischeren und diskriminierungsfreien Miteinander finden können.
- Die politische Bildungsarbeit und insbesondere die Neumitgliederarbeit in enger Kooperation mit den Bezirken wieder aufzunehmen und zu intensivieren.



- Unter Einbeziehung der Bezirke Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unser Parteileben offener und attraktiver gestalten können, um niedrigschwellige Mitmachangebote zu schaffen und unsere Kampagnenfähigkeit zu stärken.

## **Gemeinsam mit den Menschen linke Politik gestalten**

Eine der wesentlichen Ursachen für die derzeitige schlechte Lage der LINKEN besteht darin, dass die Menschen uns nicht mehr zutrauen, ihre Interessen zu vertreten und Veränderungen für sie durchzusetzen, die ihre Lebensverhältnisse verbessern. Unsere politischen Forderungen sind aktueller denn je, aber die politische Arbeit muss in Zukunft noch viel stärker darauf ausgerichtet sein, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Der Schlüssel dafür ist das Gespräch und gemeinsame Aktionen mit den Menschen. Eine zentrale Rolle werden dabei soziale Themen, aber auch der Klimawandel spielen.

Unser Ziel als Partei muss es dabei sein, eine starke LINKE mit einem zweistelligen Ergebnis zu werden – nicht als Selbstzweck, sondern damit sich die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Die kommenden Wahlen – Bezirksversammlungs- und Europawahl 2024 sowie Bürgerschaftswahl 2025 – spielen eine maßgebliche Rolle und müssen bereits jetzt in den Blick genommen werden. Wir sind es, die denen, die kein Gehör finden, eine Stimme verleihen. Es fehlt uns jedoch die Gestaltungsoption. Deshalb ist der Aufbau von Vertrauen im persönlichen Kontakt, sei es an den Haustüren, am Infostand, beim Sammeln von Unterschriften oder in örtlichen Initiativen so wichtig. Es ist die LINKE, die da ist, wenn´s brenzlig wird. Das bleibt im Gedächtnis hängen und wird uns helfen, uns vom Bundestrend unabhängiger zu machen. Solche Aktivitäten haben aber nicht. Nur eine Außen-, sondern auch eine Innenwirkung: Weg von der Selbstbeschäftigung hin zu einer neuen Gemeinsamkeit.

Um die Wirksamkeit dieser Strategie und damit auch unsere Kampagnenfähigkeit zu erhöhen, braucht es einen Landesvorstand, der das tatkräftig unterstützt. Die Bezirke dürfen mit ihren Aktivitäten nicht allein gelassen werden. Und es bedarf einer landesweiten Koordination der Aktivitäten, die aber auch die Eigenständigkeit der Bezirke respektiert.

Der neu gewählte Landesvorstand muss also gleich nach seiner Wahl zusammen mit den Bezirken und Stadtteilgruppen bzw. Basisorganisationen die kommenden Wahlen in den Blick nehmen und im Vorfeld eine Kampagne für das Jahr 2023 entwickeln, die sich inhaltlich an den drängendsten Problemen in Hamburg und methodisch am Gespräch und der Zusammenarbeit mit den Hamburger:innen orientiert.

## **Zeit für Zorn: Den sozialen Protest im „heißen Herbst“ organisieren**

Die Krisenlösungsstrategie der Regierung mit der mehrfach umgeplanten Gasumlage, der Ablehnung einer Übergewinnsteuer und vollkommen unzureichenden Sozialpaketen läuft auf eine Enteignung kleiner und mittlerer Einkommen hinaus. Konzerne sollen weiter Gewinne fahren, während die Lohnabhängigen von explodierenden Gas- und Energiepreisen in Armut gedrückt werden. Dieser Klassenkampf von oben muss mit Klassenkampf von unten und energischen sozialen Protesten beantwortet werden. DIE LINKE wird sich aktiv in die Organisation der anlaufenden Protestbewegung einbringen und eine treibende Kraft in ihr sein. Hierzu wird sich die LINKE bei klarer Abgrenzung von rechts in entsprechenden Bündnissen einbringen, diese wo notwendig selbst initiieren und auch finanzielle Mittel für breit getragene Protestaktionen bereitstellen.

Der Landesvorstand wird dazu aufgefordert:

- Sich organisatorisch und finanziell an Bündnissen für größere Sozialproteste in Hamburg zu beteiligen.
- Schnellstmöglich die Bezirksvorstände u. Fraktionen zu einer gemeinsamen Aktionsplanung für den Herbst zusammenzurufen, um, abgestimmt auf die größeren Bündnisdemonstrationen, eigene Protestaktionen zu planen und durchzuführen.
- Sich an bundesweit geplanten Vorhaben zum heißen Herbst zu beteiligen, entsprechendes Material zu ordern und ggf. um Hamburg spezifisches Material zu ergänzen.